



Im November 2018 drangen Klimaaktivisten in Lausanne in die Filiale der Credit Suisse ein und spielten dort eine Partie Tennis.

MARTIAL TREZZINI/KEYSTONE

Tolerierbarer Rechtsbruch in der Klimakrise?

Darf man im demokratischen Rechtsstaat durch illegale Aktionen politischen Forderungen Nachdruck verleihen? Und wie muss der Rechtsstaat darauf reagieren? Es gilt immer, die Spirale der Radikalisierung zu durchbrechen.

Gastkommentar von Martin Kolmar und Benjamin Schindler

Jugendliche errichten auf dem Bundesplatz ein unbewilligtes Camp, spielen in einer Bankfiliale Tennis oder entlüften die Reifen PS-starker Autos. Mit rechtswidrigem Verhalten wollen sie auf ihre Anliegen aufmerksam machen und aufzeigen, dass diese im politischen Prozess unberücksichtigt bleiben. Wenn die Erde brennt, ist keine Zeit mehr, den langen und steinigen Weg einer Volksinitiative zu beschreiten. Doch darf man in einem demokratischen Rechtsstaat durch illegale Aktionen politischen Forderungen Nachdruck verleihen? Hierauf gibt es eine rechtliche und eine ethische Antwort. Die beiden weisen in eine ähnliche Richtung.

Über die Anerkennung eines Rechts zum Widerstand gegen den Staat streiten sich Rechtsgelehrte seit langem. Heute dürfte anerkannt sein, dass ein solches Recht nur dort angerufen werden kann, wo der Staat zum eigentlichen Unrechtsstaat mutiert und die «Gesetze den Willen zur Gerechtigkeit bewusst verleugnen» (Gustav Radbruch). In einem demokratischen Rechtsstaat gibt es Wege für legalen Widerstand: Gegen rechtswidrige Staatsgewalt können unabhängige Gerichte angerufen werden, und die Volksinitiative ermöglicht Opposition in rechtlichen Bahnen.

Für ein Widerstandsrecht gibt es heute daher grundsätzlich keinen Raum. Wer das Recht bricht, muss damit rechnen, dass der Staat mit Zwang und Strafe reagiert. Die Beachtung des Rechts kann in einem Rechtsstaat nicht dem Gutdünken Einzelner überlassen werden – mag die Tat von ethisch noch so vertretbaren Motiven geleitet sein.

Der Staat muss deswegen aber nicht jeden Regelverstoß lückenlos und mit der «ganzen Härte des Gesetzes» ahnden. Der Rechtsstaat steht nicht allein für autoritären Legalismus. Das geltende Recht belässt Polizei und Justiz genügend Spielräume, die es erlauben, gegen illegale Aktionen mit Augenmass vorzugehen. Der Staat soll die gezielte Verletzung der Rechtsordnung zwar nicht tatenlos hinnehmen. Er darf sich aber genauso wenig provozieren und zu drakonischen Strafen hinreissen lassen – damit schafft er nur Märtyrer und fördert die Radikalisierung.

Damit belassen Rechtsnormen Raum, um den besonderen Umständen von zivilem Ungehorsam Rechnung zu tragen und eine Spirale gegenseitiger Radikalisierung zu durchbrechen.

Aber was ist ziviler Ungehorsam eigentlich? Der Begriff wurde massgeblich von Henry David Thoreau geprägt, der aus Protest gegen Sklaverei und den Krieg der Vereinigten Staaten gegen Mexiko im Jahr 1846 keine Steuern mehr bezahlte und dafür eine Gefängnisstrafe in Kauf nahm. Seitdem diskutierten wichtige Staats- und Rechtstheoretiker wie John Rawls oder Jürgen Habermas immer wieder intensiv über den Begriff. Allen Positionen gemeinsam ist die Einsicht, dass die begrenzte Tolerierung zivilen Ungehorsams Ausdruck eines reifen Rechtsstaats ist. Dieser anerkennt, dass Situationen entstehen können, in denen berechnete Gewissenslagen existieren, die sich innerhalb des rechtlichen Rahmens kein angemessenes Gehör verschaffen können. Daher ist in extremen Situationen die Schaffung eines sozialen Ausgleichs nur möglich, wenn Recht gebrochen wird.

Es herrscht aber auch Einigkeit darüber, dass nicht jeder beliebige Rechtsbruch als ziviler Ungehorsam gelten kann, es müssen bestimmte idealtypische Merkmale vorliegen. Beispielsweise han-

delt es sich für John Rawls beim zivilen Ungehorsam um einen öffentlichen, gewaltlosen Gewissensakt, dessen Ziel es ist, durch eine Änderung des Rechts oder der Politik die wahrgenommene Ungerechtigkeit abzustellen. Grundlegend ist daher eine empfundene wesentliche Differenz zwischen Recht und Gerechtigkeit, auf die durch den Akt des zivilen Ungehorsams aufmerksam gemacht wird.

Die Illegalität der Handlung wird dabei als letzte aller möglichen Handlungsoptionen zur Korrektur der Ungerechtigkeit gesehen. Umgekehrt muss die Bereitschaft bestehen, die volle Verantwortung für die Tat zu übernehmen und die Konsequenzen zu tragen. Der Bezug auf ein übergeordnetes moralisches Ziel ist essenziell: Nur wenn es um eine höhere Sache geht und nicht lediglich um Partikularinteressen, kann man sich auf zivilem Ungehorsam berufen. Die notwendige Gewaltlosigkeit hat zwei Aspekte. Zum einen bezieht sie sich auf den Akt selbst. Zum anderen muss aber auch gelten, dass Dritte nicht ungebührlich geschädigt werden.

Nach den Ereignissen der jüngeren Vergangenheit zum Beispiel im Zuge der Aktivitäten der unterschiedlichen Umwelt- und Klimagruppen muss eine breit abgestützte Debatte über den Umgang mit zivilem Ungehorsam angestoßen werden. Wann sind welche Gerechtigkeitsinteressen legitim? Was bedeutet Gewaltlosigkeit? Ist der demokratische Weg wirklich unzumutbar? Ein offener Aushandlungsprozess innerhalb der vom Recht gelassenen Spielräume ist dabei nicht nur ethisch geboten, sondern auch ein Akt staatlicher Klugheit, weil damit gesellschaftliche Gruppen eingebunden werden, die sich sonst zu radikalisieren drohen.

Was ist nun von den eingangs erwähnten Beispielen zivilen Ungehorsams zu halten? Die Besetzung des Bundesplatzes wurde nach 48 Stunden und zwei Ultimaten von der Polizei beendet. Die Tennisspieler erhielten eine vergleichsweise milde Geldstrafe, die inzwischen vom Bundesgericht bestätigt wurde.

Der Staat setzte das Recht in diesen Fällen durch, aber mit Augenmass. Dies ist zu begrüssen. Wer hingegen durch seine Protestaktion Verkehrsunfälle in Kauf nimmt, überschreitet nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine ethische Grenze. Dem haben auch die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz Rechnung zu tragen.

Martin Kolmar ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. **Benjamin Schindler** ist Professor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen.

der Angestellten der Schweizerischen Nationalbank hat seit 2002 stetig, aber langsam zugenommen, mit 2,5 Prozent pro Jahr. Es sind nun 871 Angestellte in Vollzeitpositionen.

Die Veränderung der Beschäftigtenzahl in der Schweiz als kleines Land bewegt sich damit in einer ähnlichen Grössenordnung wie diejenige der kleinen Mitglieder des Euro-Raumes. Diese haben jedoch eine eigenständige Währungspolitik aufgegeben.

Die Schweizerische Nationalbank kann hingegen nach wie vor den Leitzins und andere währungspolitische Massnahmen selbst bestimmen und hat damit ihre Autonomie gewahrt. Wäre die Schweiz dem Euro-Raum beigetreten – so hätte man a priori spekulieren können –, hätte sie einen personaltechnischen Effizienzgewinn erfahren, Hand in Hand mit einem Rückgang der geldpolitischen Kompetenzen.

Im Nachhinein deuten die Entwicklungen der kleineren Länder im Euro-Raum darauf hin, dass dies mit Blick auf den Personalbestand nicht der Fall ist.

Folgt man dieser Sicht, hat die Aufrechterhaltung der Autonomie der Währungspolitik keine Zusatzkosten bewirkt. Die schweizerische Wirtschaftspolitik kann nach wie vor sowohl Währungs- als auch Fiskalpolitik einsetzen, um Preisstabilität und ökonomische Entwicklung zu beeinflussen, was ein erheblicher Vorteil ist.

Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema). **Andre Briviba** und **Fabian Scheidegger** sind wissenschaftliche Mitarbeiter bei Crema.

Regionalwahlen in Frankreich

Le Pens Strategie stösst an ihre Grenzen

ULRICH VON SCHWIERER

Marine Le Pen hatte die Stange selbst hoch gesetzt. Die Vorsitzende des rechtsextremen Rassemblement national (RN) hatte im Wahlkampf verkündet, die Regionalwahlen würden ihr ersten Schritt zur Eroberung des Élysée-Palasts werden. Das Ergebnis der Abstimmung werde ein «gutes Omens» für die Präsidentschaftswahl im April 2022 sein, so zeigte sie sich überglücklich. Bei der Wahl im kommenden Jahr will Le Pen erneut gegen Staatschef Emmanuel Macron antreten. Doch der erhoffte Rückenwind für ihre Präsidentschaftskampagne blieb am Sonntag aus.

Wo Le Pen auf einer braunen Welle in Richtung Élysée-Palast zu reiten hoffte, wird sie nun zusehen müssen, dass ihre Kampagne nicht ganz in den Fluten versinkt. Nicht nur blieben ihre Kandidaten in fast allen Regionen deutlich hinter den Ergebnissen der letzten Wahlen 2015 zurück. Ihrer Partei gelang es am Ende auch nicht, eine einzige Region zu erobern. Dies ist umso bitterer, als ihr in sechs Regionen Chancen auf einen Sieg prognostiziert worden waren. Selbst in ihrer südfranzösischen Hochburg Provence-Alpes-Côte d'Azur wurde der RN-Kandidat Thierry Mariani klar vor konservativen Amtsinhaber Renaud Muselier geschlagen, nachdem sich die anderen Parteien in

einer «republikanischen Front» hinter Muselier versammelt hatten. Die links-grüne Liste hatte zunächst gezögert, sich aus dem Rennen zurückzuziehen. Auf Druck der Parteiführung in Paris hatte sie sich dann jedoch in die Anti-RN-Front eingereiht.

Le Pen beklagte am Wahlabend, dass «wider-natürliche Allianzen» ihre Partei um den Sieg gebracht hätten. In den meisten Regionen war es aber gar nicht nötig, dass sich Konservative und Linke verbündeten, um die extreme Rechte am Sieg zu hindern. In mehreren Regionen schnitten ihre Kandidaten sogar noch schlechter ab als in der ersten Runde am Sonntag zuvor. Unter ihnen war auch der Parteivize Jordan Bardella, der in der Île-de-France auf nur 11,8 Prozent kam.

Schon nach der ersten Runde hatte sich die Niederlage abgezeichnet. Umfragen zeigten damals, dass sich 73 Prozent ihrer Anhänger nicht aufgerafft hatten, zu den Urnen zu gehen. Damit lag die Enthaltung unter RN-Sympathisanten noch höher als der nationale Durchschnitt von 67 Prozent. Le Pen rief ihre Anhänger deshalb in vorworfvollem Ton auf, sich zusammenzureisen und bei der zweiten Runde zur Wahl zu gehen. Die erhoffte Mobilisierung blieb jedoch aus.

Statt Le Pens Partei triumphiert nun die bürgerliche Rechte, die fast alle ihre Regionen halten konnte. Die konservative Partei Les Répu-

blicains, die in den letzten Jahren zwischen der extremen Rechten und der neu gegründeten Zentrumsparterie von Präsident Macron zerrieben zu werden drohte, geht gestärkt in die Präsidentschaftswahl. Wo im April 2022 wie schon 2017 alles auf ein Duell zwischen Macron und Le Pen hinauslaufen schien, ist das Rennen nun wieder offen.

Die Wahlschlappe zeigt die Grenzen von Le Pens Strategie der «Entdiabolisierung» auf. Mit dem Verzicht auf die Hetze, die die Partei unter ihrem Vater Jean-Marie Le Pen berüchtigt gemacht hatte, wollte sie neue konservative Wählerschichten erschliessen. Zwar blieben Zweifel, dass sich die Partei im Kern wirklich gewandelt hat, doch hat sich ihr Image tatsächlich verbessert. So sehen immer weniger Franzosen Le Pens Partei als Gefahr für die Demokratie. Indem sie ihre Position gemässigt hat, hat sich die Partei allerdings auch der bürgerlichen Rechten angenähert. Diese hat wiederum ihre Haltung bei Fragen der Migration und Sicherheit verschärft. Nur eine Minderheit der Franzosen hält den RN zudem für regierungsfähig. Bei der Regionalwahl blieben nun viele von Le Pens Sympathisanten zu Hause, statt ihrer «entdiabolisierten» Partei ihre Stimme zu geben. Und der Rest der rechten Wähler stimmte für bürgerliche Parteien, die ihre Regierungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt haben.

Reform der zweiten Säule

Groteske Debatte zur Altersvorsorge

HANSJULI SCHÖCHLI

Die Menschen haben während eines Grossteils der Geschichte am Rand des Abgrunds gelebt: Schon kleine Rückschläge konnten den Tod bedeuten. Die Angst vor Verlusten dominiert auch das politische Leben in der Wohlstandsgesellschaft Schweiz des 21. Jahrhunderts. In groteskem Ausmass zeigt sich dies in der Altersvorsorge: Die Dauer der Rentenleistungen nimmt zwar wegen steigender Lebenserwartung laufend zu, aber eine Senkung der Jahresrente um einige Prozent gilt schon als inakzeptabler «Sozialabbau», der durch Zulagen «kompensiert» werden muss – zu Lasten der Jüngeren.

Dies illustrierte auch der Bundesratsvorschlag von 2020 zur Reform der beruflichen Vorsorge: Das Minimum der Jahresrente im Obligatorium soll zwecks Anpassung an geänderte Lebens- und Renditeerwartungen zwar sinken, doch pauschale Rentenzuschläge sollen Einbussen weitgehend wettmachen bis überkompensieren. Die Reform wurde laut einer vom Bund bestellten Studie die Umverteilung von Jüngeren zu Älteren um etwa 20 Milliarden Franken steigern.

Bürgerliche Politiker hatten zwar eine Allianz des Widerstands angekündigt, doch diese Allianz

ist schon am Wackeln. Die Sozialkommission des Nationalrats sprach sich am vergangenen Freitag mit knapper Mehrheit für das Rentenmodell des Bundesrats aus – und damit gegen das günstigere Alternativmodell, das der Pensionskassenverband und diverse Branchenverbände vorgeschlagen hatten. Nebst dem Links-Block trugen auch Stimmen von den Grünliberalen und der FDP sowie Enthaltungen aus der Mitte-Fraktion zur Ja-Mehrheit bei. Der Beschluss ist erst provisorisch, und viele Umsetzungsfragen sind noch offen, doch die Sache gibt dennoch zu denken.

Das Ja der Linken ist verständlich: Der Bundesratsvorschlag erhöht die versteckte Umverteilung in der Altersvorsorge von oben nach unten (was die Linke besonders mag) und von Jüngeren zu Älteren (was die meisten Politiker mögen). Die Bürgerlichen sagen zwar, dass sie keine systemfremde Umverteilung in der beruflichen Vorsorge wollten, doch einige Exponenten haben offenbar Angst vor der eigenen Courage bekommen. Eine Rolle spielten die Furcht vor einem Scheitern einer weniger luxuriösen Vorlage an der Urne, der Einfluss einzelner grosser Lebensversicherungen (die nach erfolgter Reform hohe Rückstellungen auflösen könnten) und Zweifel am diskutierten Alternativmodell.

Trump und die Republikaner

Nicht mit ihm, aber auch nicht ohne ihn

PETER WINKLER, WASHINGTON

Nach Monaten des selbstgewählten Exils in seinem Luxusresort Mar-a-Lago hat der frühere Präsident Donald Trump am Samstagabend auf einem Messerelände bei Cleveland (Ohio) das getan, was er über alle Massen liebt: Er hat ein Bad in der Menge glühender Anhänger genommen. Wie gross die Menge war, in der Trump badete, ist unklar. «Tausende» war der Begriff, der von den Medien am häufigsten verwendet wurde, während die Organisatoren zwischen 15 000 und 20 000 Personen gesehen haben wollen. Was an Bildern kursierte, schien eher auf einen bescheidenen Aufmarsch hinzudeuten. Das wirklich Erstaunliche aber war: Nicht einmal Fox News unterbrach dafür das übliche Wochenendprogramm, und die meisten der sogenannten Mainstream-Medien schauten angestrengt weg.

Instinktmässig ist man versucht zu sagen, der frühere Volkstrübhaber habe seinen Glanz verloren. Dafür spricht auch, dass eine Reihe prominenter Republikaner sich zwar vorsichtig, aber dennoch unübersehbar in Stellung bringt, um die Voraussetzung für die Präsidentschaftswahl 2024 aus einer guten Startposition heraus in Angriff nehmen zu können. Einer, der in jüngster Zeit viel Aufmerk-

samkeit auf sich zog, ist der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis. Er wird als ein aussichtsreicher Kandidat angesehen, der Trumps Politik weiterführen könnte, ohne Trumps «Gepäck» mitzuschleppen – also die stets präsente Neigung zu Chaos, Bösartigkeit und bombastischer Wahrheitsverdröhnung. Doch DeSantis teilt ein Problem mit anderen, die eine Zukunft der Grand Old Party (GOP) ohne Trump ins Auge fassen: Sie können sich nicht sicher fühlen, ob dieser nicht doch noch einmal den Hut in den Ring werfen wird. In diesem Fall, das kann gegenwärtig ohne jeden Zweifel gesagt werden, hätte der frühere Präsident die Nominierung als republikanischer Kandidat auf sicher. Dies trotz dem Umstand, dass eine nüchterne Analyse nur einen Schluss zulässt: Die Republikaner verloren das Weisse Haus 2020 wegen der Person Trump.

Doch selbst für den Fall, dass Trump des ganzen Aufwands müde wäre, würde er eine konstante Gefahr darstellen. Er liebt es nicht, wenn andere ihm das Rampenlicht stehlen, und er kann nur schon darum auf den Kriegspfad gehen. Zudem wissen Trump und seine engsten Berater haargenau, wie sie die GOP weiterhin fest im Griff halten können: indem sie Kandidaten für alle möglichen öffentlichen Ämter die offizielle Unterstützung Trumps leihen oder diese öffent-

lichkeitswirksam entziehen. Zeigt sein Daumen nach oben, ist zwar noch nicht unbedingt alles gut. Aber wehe, er zeigt nach unten! Der frühere Präsident ist in der aktivistischen Basis immer noch ausserordentlich beliebt. Weil dieser Teil der Basis bei den Vorausscheidungen (Primaries) in der Partei überdurchschnittlich viel Gewicht hat, ist ein Bannstrahl aus Mar-a-Lago geeignet, eine Kandidatur im Keim zu ersticken. Das wissen alle, die ein Amt suchen, und deshalb stehen sie einander auf den Füssen herum, um Trumps huldvollen Blick zu ergattern. Der offizielle Anlass für Trumps Auftritt bei Cleveland war denn auch die Unterstützung eines früheren Beraters, der gegen einen «Verräter» in den Kampf um einen Sitz im Repräsentantenhaus zieht. Der Abgeordnete Anthony Gonzalez hatte es gewagt, nach der gewaltsamen Erstürmung des Capitols durch Trump-Anhänger für das Impeachment des damaligen Präsidenten zu stimmen – wenn es eine Emotion gibt, welche in ihrer Bedeutung die Selbstverliebtheit des Präsidenten noch übertrifft, dann ist es die Rachsucht. Für Republikaner, die Ambitionen hegen, ist das eine delikate Situation. Wie in schwierigen Liebesbeziehungen scheint vorläufig das Motto zu herrschen: nicht mit ihm, aber auch nicht ohne ihn.



ZUGESPITZT

Smarte Masken für die armen Kühe

CLAUDIA MÄDER

Man wäre ungern eine Kuh in diesen Tagen. Das Leben des Rindviehs ist wahrlich kein Ponyhof mehr, seit alle Welt vom Klima redet. Rund fünf Prozent der global ausgestossenen Treibhausgase sollen die Kühe mit ihren methanhaltigen Rülpsern zu verantworten haben, manchen Zeitgenossen gelten sie deswegen als schlimme Umweltstünder. Rücksichtslos darf heute denn auch herumgetrampelt werden auf den Kühen.

Produzenten von milchähnlichen Pflanzengetränken beispielsweise machen Stimmung gegen die Tiere: «Wow, wow, no cow!», trällert etwa der CEO der weltweit grössten Haferdrinkfirma in multi-medial aufgezogenen Werbekampagnen. Dass sich die geschmähten Kühe diskriminiert fühlen könnten durch solche Slogans und sich die krächzenden Gesänge in die tierischen Seelen auf noch verheerendere Weise einfräsen als in die menschlichen Ohren – das scheint kein Schwein zu interessieren.

Die Kuh hat es also nicht leicht momentan, und künftig dürfte sie gar noch einige hundert Gramm mehr tragen müssen: Unlängst hat das Handelsunternehmen Cargill angekündigt, dass es 2022 eine Nasenmaske für Kühe auf den Markt bringen wollte. Just in dem Moment, da wir Menschen das lästige Stück abstreifen können, müssen draussen auf dem Feld die Kühe dran glauben. Über den Nasenlöchern angebracht und hinter den Ohren befestigt, soll die Rindviehmaske mithilfe kleiner Ventilatoren das Methan absorbieren. In einem Filter wird das CH₄ dann in CO₂ umgewandelt und als solches in die Luft entlassen. Optimal ist auch Kohlenstoffdioxid nicht, aber fast alles ist besser als Methan, und dessen Ausstoss wird dank der Maske um 53 Prozent verringert. Das jedenfalls berichtet das britische Startup, das den Nasenschutz entwickelt hat.

Die bovine Maskenordnung ist freilich strenger als jede, die wir Menschen je kennen: Nicht nur im geschlossenen Stall und beim Gang auf die Weide, auch bei der Nahrungsaufnahme haben die Tiere die Maske zu tragen. Und sollte eine Kuh dem harten Regime entfliehen wollen, wird sie nicht weit kommen. Die Maske verfügt nämlich über smarte Sonderfunktionen, ein integrierter GPS-Tracker macht es möglich, die Rinder auf Schritt und Tritt zu verfolgen, andere Daten versprechen den Bauern Kontrolle über Verhalten und Gesundheitszustand seiner Herde. Die maskierte Kuh wird also zum gläsernen Vieh – und der maskenbefreite Mensch blickt immer weniger durch in dieser Welt.

Währungspolitik – autonom und doch effizient

Die Aufrechterhaltung der Autonomie der Währungspolitik scheint für die Schweiz nicht zu grösseren Zusatzkosten geführt zu haben. Gastkommentar von Bruno S. Frey, Andre Briviba und Fabian Scheidegger

Die Europäische Union beschloss 1998 eine gemeinsame Währung. Im Jahr 2002 ist dann der Euro als Bargeld eingeführt worden. Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde neu geschaffen und übernahm die geldpolitische Verantwortung dieser neuen Währung für anfangs 12 und mittlerweile 19 Mitgliedsländer.

Im Jahr 2020 hatte sie 3923 Beschäftigte; der Personalbestand ist seit der Euro-Einführung um über 350 Prozent gewachsen.

Die neue Währung soll nicht nur die Gemeinsamkeit der Mitgliedsländer stärken, sondern auch einen Effizienzgewinn erzielen. Anstelle von 12 nationalen Zentralbanken mit eigener Währung und eigener geldpolitischer Verantwortung besteht mit der EZB nur noch eine Zentralbank mit diesen Kompetenzen. Entsprechend kann erwartet werden, dass die Beschäftigung im Zentralbanksektor der Euro-Länder geschrumpft ist.

Nicht nur weil ein wichtiger Aufgabenbereich weggefallen ist, sondern auch weil viele Prozesse vereinheitlicht worden sind und redundant gewordene Arbeit vermieden wurde.

Diese Erwartung hat sich bestätigt, zeigt aber unterschiedliche Entwicklungen. Bis 2008 haben die nationalen Notenbanken 10 000 Stellen abgebaut, während die EZB ihr Personal nur um 300 vergrössert hat. Dieser Effizienzgewinn ist beachtlich, flacht allerdings über die folgenden Jahre ab. Von 2008 bis 2019 weisen die Nationalbanken 4000 Beschäftigte weniger aus, während die EZB 1271 neue Stellen besetzte.

Der Zuwachs bei der EZB in der ersten Periode beträgt nur 3 Prozent der Abnahme bei den Nationalbanken. In der zweiten Periode beträgt die Zunahme allerdings stättliche 32 Prozent. Wenn

sich die Personalentwicklungen der stagnierenden Nationalbanken und der stark wachsenden EZB fortsetzen, wäre die Zentralisierung längerfristig als weniger effizient zu bewerten.

Allerdings zeigt eine differenziertere statistische Analyse, dass dieser Rückgang des Personalbestandes sehr unterschiedlich verlief. Die Beschäftigtenzahl der grossen Zentralbanken – also diejenige von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Belgien – ist geschrumpft, diejenige der sechs klei-

nen Länder (für Griechenland fehlen Zahlen) hat hingegen deutlich zugenommen.

So ist beispielsweise die Zahl der Angestellten in Irland von 2002 bis 2018 um 130 Prozent gestiegen und die in Österreich von 2002 bis 2020 um immerhin 16 Prozent. Eine Standardisierung der Kompetenzen könnte zu einer Angleichung der Personalgröße von Zentralbanken geführt haben.

Wie ist die Situation in der Schweiz, die sich ja dem Euro-Raum nicht angeschlossen hat? Die Zahl